



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder,
Familie
am 6. Dezember 2023
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Sebastian Rutten (FDP)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:01 Uhr

Ende: 19:19 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 35/23, 36/23)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Öffentliche Sitzung

Stv. Friedrich nicht anwesend
Stv. Giesa vertreten durch Stv. Seldenreich
Stellv. Vorsitzender von Seemen vertreten durch Stv. Winter ab Tagesordnungspunkt 7/I
Stv. Weinerth anwesend ab Tagesordnungspunkt 4/I

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

Tagesordnung I

0150 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen zugestimmt:

Es werden auf Antrag der CDU-Fraktion die folgenden Tagesordnungspunkte der Tagesordnung II umgesetzt auf die Tagesordnung I:

5/II Personalsituation in der Grundschulkinderbetreuung/Hort (23-F-69-0025);
Bericht des Dezernates VI vom 13.10.2023

11/II Sicherung der pauschalfinanzierten Kita-Träger durch Weiterentwicklung der
Finanzierungssystematik (23-V-51-0044)

14/II Investitionszuschuss an den Träger Lebenshilfe e. V. (23-V-51-0049)

Die umgesetzten Punkte werden nach 9/I aufgerufen.

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 6. Dezember 2023

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0151 Genehmigung der Niederschrift über das gemeinsame Jahresgespräch mit dem Arbeitskreis Inklusion und Barrierefreiheit und über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 11.10.2023

Einstimmig **genehmigt**

Anträge aus dem Jahresgespräch des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit mit dem Sozialausschuss am 11.10.2023 (BP Nrn. 0152, 0153, 0154)

Protokollnotiz:

Vorsitzender Rutten übergibt für die Anträge aus dem Jahresgespräch die Sitzungsleitung der Vorsitzenden des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit Frau Knobloch.

Vorsitzender Rutten moniert, dass die Stellungnahmen erst kurzfristig am Tag der Sitzung zugegangen sind. Künftig wird gewünscht, dass Anliegen aus dem Ausschuss zeitiger beantwortet werden.

0152 **23-A-79-0012**

E-Roller

- Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.10.2023 (PN 0129) -
- Bericht des Dezernates V vom 19.11.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0153 **23-A-79-0013**

Kooperation von ESWE-Verkehr mit dem AK

- Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.10.2023 (PN 0130) -

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stellungnahme des Dezernates V:

Zu 2.1.:

Vielen Dank für Hinweis, in Veränderungsprozessen eingeladen und einbezogen zu werden. Dafür wurde im Hause ESWE Verkehr nochmal neu sensibilisiert.

Zu 2.2.:

Im Juli 2021 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden die Neuauflage des lokalen Nahverkehrsplans beschlossen. Der Nahverkehrsplan befindet sich aktuell in der Bearbeitung und eine Fertigstellung wird für Ende 2024 erwartet. Innerhalb dieses Planwerks wird das Thema Barrierefreiheit der Wiesbadener Bushaltestellen aufgearbeitet und alle Haltestellen in Wiesbaden einer Prüfung unterzogen. Auch die von Ihnen genannten Haltestellen „Kirchgasse“ und „Luisenplatz“ werden in diesem Verfahren geprüft und anhand verschiedener Kriterien zur Barrierefreiheit eingeordnet.

Auf Grundlage dieser Priorisierung wird durch den Stabsbereich lokale Nahverkehrsorganisation bei ESWE Verkehr zukünftig eine jährlich neu aufzustellende Liste mit Haltestellen für den zukünftigen barrierefreien Haltestellenausbau an das Tiefbau- und Vermessungsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden gemeldet. Diese Vorschlagsliste ermittelt sich durch die Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan und der daraus resultierenden Priorisierungsliste von Haltestellen zum Barrierefreien Ausbau.

Das Tiefbau- und Vermessungsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden erarbeitet auf Grundlage dieser Liste mögliche Ausbauszenarien die gemeinsam geprüft, in eine Vorplanung überführt und beim Fördermittelgeber für den Barrierefreien Haltestellenausbau eingereicht werden.

In einem ersten Schritt und im Zuge einer transparenten Arbeitsweise könnte der Arbeitskreis Inklusion und Barrierefreiheit über den Stabsbereich lokale Nahverkehrsorganisation bei ESWE Verkehr über die jährlich an das Tiefbau- und Vermessungsamt gemeldeten Haltestellen nachrichtlich informiert werden. Zudem wird die aus der Neuaufstellung des lokalen Nahverkehrsplans hervorgehende Priorisierungsliste aller Wiesbadener Haltestellen nach Fertigstellung öffentlich einsehbar sein.

Am 9. November 2023 wurde das neue Liniennetz den Wiesbadener Ortsbeiräten bei einer Veranstaltung vorgestellt und darüber diskutiert. Hierbei wurden auch Vertreter des Arbeitskreises der Wiesbadener Behindertenorganisationen und Interessengemeinschaft Behinderter mit eingeladen.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Protokollnotiz:

Bezugnehmend auf den vierten Absatz, Satz 1 der Stellungnahme würde es der Arbeitskreis begrüßen, verbindlich in die Prozesse miteinbezogen zu werden und in der Diskussion unterstützend teilzunehmen.

0154 23-A-79-0014

Baumaßnahmen Tiefbauamt

- Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.10.2023 (PN 0131) -

Stellungnahme des Dezernates V:

Zu 1:

Zur Querung Bleichstraße am Platz der der Deutschen Einheit: Im Rahmen der Neugestaltung der Bushaltestelle am Platz der Deutschen Einheit wurde teilweise eine Auffindestreifen für die Querung der Bleichstraße und Schwalbacher Straße verlegt. Dieser entspricht jedoch nicht der Norm und kann so nicht bleiben.

An der Haltestelle Wiesbaden Platz der deutschen Einheit fehlt am Knoten Bleichstraße/Schwalbacher Straße ein Aufmerksamkeitsfeld. Dieses soll im Zuge der Mängelbeseitigung ergänzt werden.

Zu 2:

Das Leitsystem, das zum Fußweg führt endet mit einem Aufmerksamkeitsfeld, das mit einem Stein und einem Pfahl verstellt ist.

Der Bahnhof Medenbach-Auringen ist Privatfläche der Deutschen Bahn AG und liegt in der Unterhaltung der Deutschen Bahn AG. Für die Gestaltung des Leitsystems ist die Deutsche Bahn AG (DB Station und Service) zuständig.

Zu 3:

Die wichtige Querung an der Ampelanlage Langenbeckplatz, die zur Erreichung des St. Josef-Hospital nötig ist, ist für Rollstuhlfahrende nicht barrierefrei möglich. Dies liegt u.a. an dem kleinen Hügel auf der einen Seite der Fußgängerampel und an mangelnder Abflachung an der anderen Seite.

Wegen des großen Krankenhauses ist dies eine besonders wichtige Kreuzung. Damit sollte hier schnell gehandelt werden. Der AK steht zur Begehung vor Ort bereit.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 6. Dezember 2023

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Es wäre wahrscheinlich ratsam, sich die Stelle gemeinsam mit dem Arbeitskreis anzusehen. Danach kann mit der Bauabteilung geklärt werden, was hier ggf. baulich veränderbar ist und was nicht.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

Protokollnotiz:

Frau Knobloch empfindet die Antwort des Magistrats zu Ziffer 2 als zu oberflächlich. Sie schlägt vor, dass ebenfalls vom Ortsbeirat eine Stellungnahme eingeholt werden könnte.

Stv. Apel regt an, dass der Magistrat, als direkter Ansprechpartner der städtischen Gremien und Beiräte, trotz fehlender Zuständigkeit, Kontakt zur Deutschen Bahn aufnehmen möge, um die Ansprüche einer sicheren Wegführung zu kommunizieren.

0155 23-F-63-0149

Schulstarterpaket

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.11.2023 -

Stadträtin Dr. Becher sagt zu, den Magistratsbericht auch an den Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften zu adressieren.

Einstimmig **angenommen**

0156 23-F-69-0086

Berufsvorbereitungskurse in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 29.11.2023 -

Einstimmig **angenommen**

0157 23-F-15-0030

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Arbeitsmarktzugang von ukrainischen Flüchtlingen
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.11.2023 -

Stv. Apel beantragt das Wort „sozialversicherungspflichtig“ im dritten Spiegelstrich zu streichen.

Einstimmig in geänderter Fassung angenommen

0158 23-F-63-0152

Rainbow Refugees
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.11.2023 -

Protokollnotiz:

Herr Kizilgöz begrüßt im Namen des Ausländerbeirats die Erstellung eines Gewaltschutzkonzeptes.

Stellv. Vorsitzender von Seemen beantragt eine Tonbandabschrift des Redebeitrages von Stv. Wardak und behält sich vor, strafrechtlich dagegen vorzugehen. Er weist die Vorwürfe, der Antrag sei rassistisch, und den persönlichen Vorwurf ausdrücklich zurück. Er richtet die Bitte an den Ausschussvorsitzenden, bei solchen Bemerkungen einzugreifen und ggf. Ordnungsrufe zu erteilen.

Vorsitzender Rutten kritisiert die nicht begrüßenswerte Diskussionskultur und ordnet den Beitrag in den Grenzbereich ein. Für den persönlichen Vorwurf gegen den stellv. Vorsitzenden von Seemen wird die Beweispflicht von Stv. Wardak zu erbringen sein.

Auf die Nachfrage von Stv. Weck, wie viele Fälle von Übergriffen dem Magistrat derzeit bekannt sind, berichtet Stadträtin Dr. Becher, dass der Sozialdienst Asyl und die LSBTIQ-Koordinierungsstelle bislang fünf Fälle verzeichnen konnte. Sie sichert zu, die Info zu den Zahlen und die finanziellen Auswirkungen ebenfalls in den Bericht mitaufzunehmen.

gegen AfD, BLW/ULW/BIG, bei Enthaltung von FWG/Pro Auto **angenommen**

0159 23-F-69-0087

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Streichung Zuschuss Häusliche Hilfen
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 29.11.2023 -

Protokollnotiz:

Stadträtin Dr. Becher berichtet, dass die 5-Jahresverträge unter dem Haushaltsvorbehalt Landeshauptstadt Wiesbaden geschlossen worden sind.

Das Dezernat hat die Träger im Mai darüber informiert, dass durch die Vorgaben der Kämmerei evtl. Einsparvorgaben vorgenommen werden müssen. Man konnte jedoch ohne eine Beschlussfassung aus den Haushaltsberatungen und ohne die finale Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung am 20.12.2023 noch nicht vorsorglich darauf hinweisen.

Nach den dreitägigen Beratungen des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen informierte man die Träger umgehend, dass vorbehaltlich der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2023 reduzierte oder gar keine Mittel zur Verfügung stehen. Man sei derzeit in engem Austausch.

Frau Leß (AL 51) ergänzt, dass im Moment 450 Haushalte die Leistungen in Anspruch nehmen. Man prüfe derzeit nicht den Bedarf in jedem Einzelfall, da jede Person mit Pflegegrad 0 oder 1 die Voraussetzungen auf die Inanspruchnahme der Dienstleistungen erfüllt und somit einen Antrag stellen kann. Frau Leß widerspricht, dass ein unversorgter Zustand eintreten könnte.

Das Amt für Soziale Arbeit führt keine Liste über Haushalte, die wirtschaftlich nicht in der Lage sind, den Eigenanteil selbst zu tragen. Man sei an die Träger herantreten und habe um eine Liste der Haushalte gebeten, die die Eigenanteile vom Sozialleistungs- und Jobcenter über die Vorschriften des SGB XII finanziert bekommen. Anschließend müsse geschaut werden, wie der Herausforderung ab Januar 2024 begegnet werden kann.

Der Antrag wird mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt **abgelehnt**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Hans-Bredow-Straße statt Lessingstraße
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 29.11.2023 -

Die Sätze 1 und 2 werden getrennt abgestimmt:

Satz 1: Einstimmig **angenommen**

Satz 2: dafür: AfD, FGW/Pro Auto; dagegen: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, Volt;
Enthaltung: CDU, FDP; somit **abgelehnt**

0161 21-J-43-0003

Würdigung von Gastarbeiter*innen in Wiesbaden
- Antrag des Ausländerbeirates vom 16.11.2021 -
- Bericht des Dezernates IV vom 27.09.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0162 23-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich
(keine Wortmeldungen)

0163 Verschiedenes

(keine Wortmeldungen)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0164 21-F-69-0007

Behinderten die Teilhabe am öffentlichen Leben wieder ermöglichen
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 27.10.2021 -
- Bericht des Dezernates VI vom 30.10.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0165 23-F-15-0016

Wirtschaftliche Situation der Alten- und Pflegeeinrichtungen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 20.06.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 06.10.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0166 23-F-15-0019

Jobcenter in seiner jetzigen Form nicht gefährden!
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 04.09.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 18.10.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0167 23-F-65-0009

Grundschulkinderbetreuung sichern: Gut betreut ins neue Schuljahr
- Antrag der Fraktionen FDP, CDU, FWG/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 06.07.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 13.10.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0168 23-F-69-0025

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Personalsituation in der Grundschulkinderbetreuung/Hort
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 26.04.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 13.10.2023 -

Protokollnotiz:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung I umgesetzt.

Der Magistrat wird gebeten, den Bericht um die Zahl der unbesetzten Stellen in den Horten und in der Grundschulkinderbetreuung zu ergänzen.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0169 23-I-30-0013

Internet in Gemeinschaftsunterkünften
- Beschluss Nr. 0056 des Ausländerbeirates vom 25.09.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 11.11.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0170 23-V-06-0007

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2023

Einstimmig

0171 23-V-06-0008

Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse für 2024 im Bereich Dez. VI

Einstimmig

0172 23-V-06-0009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Bericht zur Umsetzung des Wohngeld-Plus-Gesetzes; Personalaufstockung im Sachgebiet Wohngeldbehörde (500230) des Sozialleistungs- und Jobcenters

Einstimmig

0173 23-V-06-0010

Verlängerung der Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe bis 31.12.2024

Enthaltung CDU, gegen FWG/Pro Auto

0174 23-V-51-0044

Sicherung der pauschalfinanzierten Kita-Träger durch Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik

Protokollnotiz:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung I umgesetzt.

Stv. Weck stellt zur Sitzungsvorlage die folgenden Nachfragen:

- Ist das Ergebnis der Pauschalen für die Träger auskömmlich?
- Was bewirkt diesbezüglich die letzte Tarifeinigung?
- Wird eine Konkurrenz zwischen den städtisch betriebenen Kitas und denen der freien Träger befürchtet?

Laut Stadträtin Dr. Becher wurde die Steigerung aus der Jugendhilfekommission für 2025 noch nicht berücksichtigt; die Sitzungsvorlage wird aber die auskömmliche Finanzierung der 48 betroffenen Kitas sicherstellen. Der Magistrat sieht die freien Träger weniger als Konkurrenz, sondern durch die starke Organisation über die Initiativen, als einen guten und verlässlichen Beitrag. Mit der Beschlussfassung zur Sitzungsvorlage wird dieses Angebot aufrechterhalten.

Stv. Weck fasst zusammen, dass die Finanzierung der pauschalfinanzierten Kita-Träger für 2024 auskömmlich ist.

Einstimmig

0175 23-V-51-0046

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Bericht der AG Bezahlbarer Wohnraum und Klima

Einstimmig

0176 23-V-51-0047

Rechtsanspruch; Ganztage in Schulentwicklungsplanung

Einstimmig

0177 23-V-51-0049

Investitionszuschuss an den Träger Lebenshilfe e. V.

Protokollnotiz:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung I umgesetzt.

Stv. Weck fragt, wie es dazu gekommen ist, dass der Zuschuss an den Träger erst jetzt erfolgt und wie dieser informiert wird.

Stadträtin Dr. Becher berichtet, dass 2022 kein Mittelabruf erfolgte und der Zuschuss somit mit einem Sperrvermerk versehen wurde. Die nicht verausgabten Restmittel wurden im weiteren Verlauf vom Träger angefragt. Daraufhin hat sich das Dezernat mit der Kämmerei in Verbindung gesetzt, um zu der Lösung in der vorliegenden Sitzungsvorlage zu kommen. Man stehe mit dem Träger in regem Austausch; dieser ist über den gesamten Vorgang informiert.

Einstimmig

Seite 14 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie am 6. Dezember 2023

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Anlagen

Wiesbaden, .12.2023

Vorsitzender

Schriftführerin

Sebastian Rutten

Gabriella Wenzel